

Bezugspreis:
Hefenpreis
durch Post 3,30 M.
bei den Verlagsstellen
(zusätzl. Beleggeld)
3 Pf.
Ersteinst täglich mit Aus-
nahme der Sonn- und
Feiertage.
Druck und Verlag
von H. G. Sommer,
Bad Gms.

Emser Zeitung

(Kreis-Anzeiger)

(Bahn-Vote)

(Kreis-Zeitung)

verbunden mit dem „**Amtlichen Kreisblatt**“ für den Unterlahnkreis.

Preise der Anzeigen:
Die einseitige Kleinzeile
oder deren Raum 30 Pf.
Kleinzeile 90 Pf.
Schriftleitung und
Geschäftsstelle:
Bad Gms, Römertstr. 96.
Fernsprecher Nr. 7.
Verantwortlich für die
Schriftleitung:
Paul Lange, Bad Gms.

Nr. 158

Bad Gms, Dienstag, den 15. Juli 1919

71. Jahrgang

Das Reichsnotopfer.

Weimar, 12. Juli. Der Reichsanzeiger enthält 53 Paragraphen des Gesetzes über das Reichsnotopfer. Entwurf eines Gesetzes über das Reichsnotopfer trägt. Aktien- und Gesellschaften u. a. mit einem Reinerlös nach Abzug des Grundkapitals sind abgabepflichtig. Dagegen sind alle anderen erhöhten Abgabepflichtigen mit Ausnahme der Ausländer mit dem ganzen Vermögen zum Reichsnotopfer herangezogen. Abgabefrei sind die Gliedstaaten, die Gemeinden, die Kirchen, die öffentlichen Anstalten, die Reichsbank, die Anstalten der reichsgerichtlichen Unfall-, Invaliden-, Krankenversicherung und Versicherung für Angestellte, Krankenkassen und Kassen ähnlicher Art. Vermögen im Sinne des Gesetzes ist das gesamte bewegliche und unbewegliche Vermögen nach Abzug der Schulden, wobei jedoch Haushaltschulden, Schulden und Lasten, die in wirtschaftlicher Beziehung zu nichtabgabepflichtigen Vermögenswerten stehen, unberücksichtigt bleiben. Das Vermögen der Ehegatten wird zusammengerechnet, sofern sie nicht dauernd voneinander getrennt leben. Der Stich- tag für die Ermittlung des Vermögenswertes ist der 31. Dezember 1919. Von großem Interesse ist die Höhe der Abgabe. Sie beträgt für die inländischen Aktiengesellschaften u. a., für die sonstigen inländischen juristischen Personen, für nicht rechtsfähige Vereine u. a. 10 vom Hundert des der Abgabe unterliegenden Vermögens.

Die für die sonstigen Abgabepflichtigen vorgesehene Abgabe beträgt für die ersten angefangenen oder vollen 50 000 M. des abgabepflichtigen Vermögens 10 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 50 000 M. 12 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 100 000 M. 15 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 200 000 M. 20 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 300 000 M. 25 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 500 000 M. 30 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 1 000 000 M. 35 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 2 000 000 M. 40 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 5 000 000 M. 45 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 10 000 000 M. 50 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 20 000 000 M. 55 v. H., für die nächsten angefangenen oder vollen 50 000 000 M. 60 v. H., weitere Beträge 65 v. H.

Die Vermögensabgabe beginnt mit 25 000 Mark. Davon bleiben 5000 Mark unberücksichtigt, so daß die eigentliche Mindestgrenze des durch die Steuer erfaßten Vermögens 20 000 Mark beträgt.

Die Wirkung der Abgabe tritt in der folgenden Übersicht klar in Erscheinung:

Abgabe- pflichtiges Vermögen	Höhe der Abgabe	Abgabe- pflichtiges Vermögen	Höhe der Abgabe
Mark	Prozent	Mark	Prozent
100 000	11	2 000 000	83,5
200 000	13	3 000 000	89,3
300 000	15,3	4 000 000	93,3
400 000	16,5	5 000 000	95,4
500 000	18,3	6 000 000	97,8
600 000	19,3	7 000 000	99,3
700 000	20,9	8 000 000	100,0
800 000	22,0	9 000 000	100,0
900 000	23,4	10 000 000	100,0
1 000 000	24,6	100 000 000	63,9
1 500 000	29,7		

Setzt beispielsweise jemand 50 000 M., so würden nur 45 000 M. abgabepflichtig sein und einer Abgabe von 4500 M. unterliegen. Hat der Abgabepflichtige, so heißt es in dem Gesetzentwurf, oder haben im Falle der Zusammenrechnung des Vermögens der Ehegatten beide Ehegatten zwei oder mehr Kinder, so wird für jedes Kind der Betrag von je 5000 M. von der Abgabe freigestellt, zugleich wird von dem der Zahl der Kinder entsprechenden Betrage von 50 000 Mark die Abgabe nur in Höhe von 10 v. H. erhoben. Vom Rest des abgabepflichtigen Vermögens wird die Abgabe nach dem Satz erhoben, der sich für das gesamte abgabepflichtige Vermögen ergibt. Die Zahlung der Abgabe erfolgt als Rente in der Weise, daß der Abgabebetrag zusätzlich einer am 1. Januar 1920 beginnenden Verzinsung in Höhe von 5 v. H. innerhalb 30 Jahren in gleichmäßigen Teilbeträgen, von denen der erste am 1. Oktober 1920 fällig ist, getilgt wird. Für die geschuldete Rente hat der Abgabepflichtige Sicherheit zu leisten.

Auf Verträge gegen das Gesetz sind hohe Strafen gelegt. Die Einnahme aus den Tilgungsbeträgen des Reichsnotopfers ist ausschließlich für die Abmilderung der Reichsschuld zu verwenden.

Wer bis zum 31. Dezember 1920 die Abgabe zahlt, kann Kriegausleihstücke und andere Schuldverschreibungen des Deutschen Reiches in Zahlung geben.

Erweiterte Autonomierechte für die preussischen Provinzen.

Berlin, 13. Juli. Das Staatsministerium beschloß in seiner Sitzung vom 12. Juli, den Gesetzentwurf über die Erweiterung der Selbstständigkeitsrechte an

die Provinzialverbände unterzüglich der Landesversammlung vorzulegen, um vor deren Auseinandersetzung noch seine Durchberatung zu erreichen.

Der Gesetzentwurf wird etwa so lauten:

§ 1. Die Provinziallandtage sind berechtigt, Provinzialstatuten über folgende Angelegenheiten zu beschließen:
1. Ueber die Regelung solcher Fragen der Schulverfassung, welche für die Verbesserung der einzelnen Provinzen besonderes Interesse haben.

2. Ueber die Besonderheiten des Gemeinde-, Kreis- und Provinzial-Verfassungsrechts, soweit die Gesetze Abweichungen gestatten oder auf solche verweisen.

3. Ueber die Einführung einer zweiten Amtssprache neben der deutschen in gemischtsprachigen Gebieten.

4. Ueber die Einrichtung von Beiräten, die den staatlichen Behörden innerhalb der Provinz beigegeben sind. Aufgabe des Provinzialrates ist es, die Zusammenfassung und Art der Wahl dieser Beiräte entsprechend den Interessen der Provinzialbevölkerung zu regeln.

§ 2. Die Provinziallandtage (§ 1) unterliegen der Befugnis durch die Staatsregierung.

§ 3. Vor Belegung der Stellen der politischen Beamten innerhalb einer Provinz ist der Provinzial-Ausschuß zu hören.

§ 4. Dieses Gesetz tritt mit dem Tag der Bekanntmachung in Kraft.

Die Krise im Reichsblatt beilegt.

Berlin, 14. Juli. Eine Besprechung zwischen Vertretern der preussischen Staatsregierung und Vertretern der mehrheitssozialistischen Fraktion der Landesversammlung und der Nationalversammlung wegen Herbeiführung einer Uebereinkunft beider Fraktionen in der sogenannten Grundrechtsfrage, führten nach dem Lokalanzeiger zur Befriedigung des zwischen den sozialdemokratischen Führern und dem Zentrum vereinbarten Kompromisses.

Das Schulkompromiß.

Berlin, 14. Juli. Die Krise zwischen Zentrum und Sozialdemokratie wegen Behandlung der Grundrechte in der Verfassung, die auch zu einer Krise im Kabinett hätte führen können, kann als beigelegt gelten. Beide Parteien sind zu einer Einigung in der Schulkfrage gekommen. Das bedeutet, daß auch in der Frage der Grundrechte, bei denen ja auch die Schulkfrage eine Rolle spielte, eine Verständigung angebahnt ist. Das Schulkompromiß bewegt sich in dem bereits mitgeteilten Rahmen. Einerseits wird der konfessionelle Schulunterricht als ordentlicher Lehrfach in der Verfassung festgelegt, andererseits kann kein Lehrer zur Erteilung des Religionsunterrichts gezwungen werden. Auch wird der Schüler auf Verlangen der Erziehungsberechtigten vom Religionsunterricht befreit. Da die religiösen Minderheiten keine eigenen konfessionellen Schulen haben, sind sie berechtigt, sich gesondert konfessionelle Privatschulen einzurichten. Nur müssen diese Privatschulen hinsichtlich der Lehrpläne und der Ausbildung der Lehrkräfte auf derselben Höhe wie die der öffentlichen Schulen stehen. Zu erwarten ist, daß nunmehr der weiteren Beratung der Verfassungsschwierigkeiten nichts mehr in Wege steht.

Preiserhöhung für landwirtschaftliche Erzeugnisse.

Der Ausschuß für Volkswirtschaft in Weimar befaßte sich in seiner gestrigen Sitzung mit der bereits am 3. Juli eingebrachten Regierungsvorlage betr. die Preise für landwirtschaftliche Erzeugnisse und Schlachtvieh. Danach soll der Höchstpreis für Roggen 400 bis 415 Mark betragen. Die Preise für Getreide sollen ebenfalls erhöht werden. Im Verlaufe der Debatte äußerte Reichsminister Schmidt zur Frage der Erhöhung der Prostration, diese wäre sicherlich ein Mittel, um den Getreidehandel in den Hintergrund zu drängen. Wenn der Getreidehandel in diesem Jahre im Hinblick auf die abgetretenen Gebiete auf 85 Prozent des vorjährigen Ertrages geschätzt werde, so entfiere ein Fehlbetrag von 1 270 000 Tonnen. Dieser Bedarf sei durch Einfuhr zu decken. Die Kosten für das ausländische Getreide seien aber so hoch, daß entweder eine außerordentliche Erhöhung der Brotgetreidepreise eintreten müsse oder Reichszuschüsse bereitgestellt werden müßten, die die starkbelasteten Reichskasse kaum tragen könne. Auslandsgetreide koste 1900 Mark, das einheimische 450 Mark die Tonne. Die einheimische Produktion zu heben, müsse also in den Vordergrund gestellt werden. Bei der vorgeschlagenen Erhöhung des Getreides handle es sich um etwa fünf Pfennige pro Tag und Kopf. Sollten die Kosten der vorgeschlagenen Preiserhöhung vom Reiche getragen werden, so müßten rund 908 Millionen aufgebracht werden. Unsere Getreide- und Brotpreise seien die billigsten der Welt. Die Öffentlichkeit müsse begreifen und verstehen, daß man der Landwirtschaft ihre Aufwendungen bezahlen müsse, damit sie weiterbestehen könne. Würde man die Bewirtschaftung

freigeben, so würden viel höhere Preise in Erscheinung treten. Nachdem zwei große Parteien Bedenken gegen eine sofortige Preiserhöhung zu Lasten der Konsumenten geltend gemacht hätten, könne vielleicht ein Mittelweg beschritten werden dadurch, daß dem Reichsernährungsamt das Recht auf den Erlass einer Reichsnotverordnung gegeben werde und daß es den Auftrag erhalte, mit dem Reichsfinanzministerium in Verhandlungen über einen Reichszuschuß einzutreten.

Grauenhafte Zustände in Petersburg.

Der Times sandte aus Helsingfors ein glaubwürdiger Gewährsmann folgenden Bericht über die in Petersburg herrschenden grauenhaften Zustände: Der Schrecken ist so gewachsen, daß niemand mehr öffentlich zu sprechen wagt, und jeder fürchtet, mit Angebern zusammen zu sein. Besonders die Soldaten vermeiden, miteinander zu reden, weil die Agents provocateurs der Roten Armee überall sind. Das soziale Leben hat aufgehört. Jedes Haus hat nur einen Eingang behalten, und an diesem steht eine kommunistische Schutzwache. Jeder Besucher muß erst seine Identitätspapiere zeigen, Auskunft geben, wen er besuchen will und zu welchem Zweck und ebenso über die zu Besuchenden und ihre Familie. Wenn die Auskunft befriedigend ist, wird er eingelassen, wenn nicht, kommt er vor das Kommissariat und von dort nach der Peter-Paul-Festung, wo er im allgemeinen ohne weiteres Befragen erschossen wird. Die Einrichtungen werden jetzt in Gruppen vollstreckt, und zwar durch ein Maschinengewehr-Regiment; die Leichen werden in die Neva geworfen. Nach 11 Uhr darf niemand mehr aus dem Hause, außer mit einem vom Kommissar Peters unterzeichneten Paß, der aber nur an Sowjet-Arbeiter und Agenten des Sonderausschusses erteilt wird. Diese fahren in Autos zu Hausbesuchen umher, und diese sind so gründlich, daß wenn Waffen oder nur Hausrat in einem verborgenen Winkel gefunden werden, der Vorbesitzer des in jedem Hause errichteten Hausausschusses stets erschossen wird. Eine ganze Familie wurde erschossen, weil man ein Fernglas in ihrer Wohnung fand. Der allgemeine Schrecken läßt die Leute selber alle Kommanden abweisen, selbst wenn sie Hilfe irgendeiner Art oder Briefe bringen. Die Lage der Zivilbevölkerung ist unerträglich. Die Bahn wird für militärische Zwecke gänzlich in Anspruch genommen, der Passagierverkehr hat aufgehört. Darum können auch Schleichhändler kein Waren mehr nach Petersburg bringen, und die Bevölkerung lebt von dem, was die Bahnbedienten mit hineinschaffen. Die Preise sind jetzt wie folgt: Butter 20 Rubel für das Pfund, Brot 45 bis 50 Rubel, Kartoffeln 20, Fleisch 90 bis 100, 100 Nudeln 150, eine Schachtel Streichhölzer 8, Stiefel aus zweiter Hand 1500 bis 2000, ein einfacher Anzug aus dritter Hand 3000 bis 4000 Rubel. Zucker, Tee oder Kaffee sind überhaupt nicht mehr zu haben. Viele von den städtischen Suppenküchen sind aus Mangel an Lebensmittel geschlossen. Die offenen Gefäße haben nur schlechtes Zeug. Die Leute gehen fast in Lumpen umher. Soli ist nicht erhältlich, und die Mitglieder der Intelligenz verbrennen ihre Möbel zu Kochtöpfen. Wahrscheinlich ist von der Bevölkerung nur eine Zahl von 40 000 in Petersburg verblieben.

Telephonische Nachrichten.

Belagerungszustand in Pommern.

mx Berlin, 15. Juli. Der Berl. Lokal-Anzeiger meldet, daß im Zusammenhang mit dem drohenden Landarbeiterstreik über große Teile Pommerns der Belagerungszustand verhängt worden ist.

Zurückgezogene Ausfuhrbewilligung.

mx Paris, 15. Juli. Die Regierung zog die Ausfuhrbewilligung für gewisse Lebensmittel wieder zurück infolge Heraufschneitens der Preise.

Das Schulkompromiß.

mx Berlin, 15. Juli. Nachdem das Schulkompromiß die Zustimmung der Fraktionen des Zentrums und der Sozialdemokratie gefunden hat, kann das Plenum der Nationalversammlung nunmehr die Beratung des Verfassungsentwurfs fortsetzen. Der Vorsitzende, sagt: Die Sozialdemokraten haben es nicht erreicht, daß der Religionsunterricht aus den Schulen verschwindet, aber sie haben es durchgesetzt, daß kein Kind zur Teilnahme am Religionsunterricht angehalten werden kann, wenn seine Eltern es nicht wünschen. Auch kein Lehrer kann gezwungen werden, Religionsunterricht zu erteilen, wenn er damit in Gewissenskonflikt gerät. — Es ist nunmehr die Sicherheit gegeben, daß die Nationalversammlung die Verfassung bald zur Erledigung bringt.

Zum Friedensschlusse.

Die Kriegsgefangenen in England. Die Cologne Post meldet: Auf Anfragen betreffend die Art der Beschäftigung der deutschen Kriegsgefangenen in England teilte Sir Robert Borna, der britische Arbeitsminister, im Unterhause mit, daß am 1. Juli 31 595 Gefangene beschäftigt wurden. Von diesen waren 22 141 zu landwirtschaftlichen Arbeiten verwendet, 8821 zu Erarbeiten und sonstigen militärischen Arbeiten und 628 waren bei einer Buxtoner Antikbrenner-Firma tätig. Je nach der Zahl der vorhandenen brauchbaren Zivilarbeiter werde die entsprechende Zahl von Gefangenen abgestellt, deren baldmöglichste Rückführung nach Deutschland geplant ist. Im Ermangelung geeigneter landwirtschaftlicher Arbeitskräfte sind die deutschen Gefangenen gerade in der jetzigen Zeit unentbehrlich, aber jeder beschäftigte Gefangene erhält für die geleistete Arbeit den gleichen Lohn wie ein Zivilarbeiter.

Zur Aufhebung der Blockade.

Die Ausnahmen betr. Güterverkehr. Abm. 12. Juli. Die britische Behörde veröffentlicht nachfolgende Bekanntmachung: 1. Die Aufhebung der über Deutschland verhängten Blockade tritt vom 12. Juli ab in Kraft. 2. Mit folgenden Ausnahmen werden die bestehenden Beschränkungen im Güterverkehr aufgehoben: a) Die Ein- und Ausfuhr von Waffen, Munition und Kriegsmaterial jeder Art ist verboten; dieses Verbot erstreckt sich nicht auf Jagdflinten und Jagdmunition. b) Der Kohlen- und Koks-Transport unterliegt weiterhin den bestehenden Verordnungen. c) Die Ausfuhr von Farbstoffen, chemischen Produkten, Platin, Gold und Silber, gemünztem Gold, sowie ungemünztem Gold und Silber und ausländischen Werten ist vorbehaltlich besonderer Genehmigung verboten. Anträge auf Ausfuhrerlaubnis müssen in Gemäßheit mit den jetzt gültigen Bestimmungen gestellt werden. 3. Sämtliche der Ein- und Ausfuhr von Gütern für Luxemburg von dem Economic Committee, Luxemburg, oder von der Interalliierten Rheinlands-Kommission auferlegten Beschränkungen kommen mit dem heutigen Tage in Fortfall. 4. Obige Anordnungen haben auf die Ein- und Ausfuhrverordnungen, die in irgendeinem der alliierten oder neutralen Ländern etwa noch in Kraft sind, keinerlei Einfluß. 5. Mit obigen Ausnahmen kommen in Fortfall alle Verordnungen, die sich auf die Ein- und Ausfuhr von Gütern beziehen. 6. Die jetzigen Anordnungen in Bezug auf den Personenverkehr bleiben noch in Kraft.

Die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen.

WTB Versailles, 13. Juli. Das Journal „Officiel“ wird morgen vormittag ein Dekret veröffentlichen, wodurch die Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Beziehungen zu Deutschland gestattet wird.

WTB Amsterdam, 13. Juli. „Algemeen Handelsblad“ zufolge berichtet der politische Mitarbeiter der „Daily Mail“, daß demnächst mehrere britische Konsuln nach Deutschland gehen, um den Konsulardienst wieder einzurichten. Ein Vorschlag werde bald für Berlin ernannt werden. Die Regierung wünscht, den britischen Kaufleuten den Verkauf von Waren an Deutschland zu erleichtern. In der nächsten Woche werden die Abmachungen für die Wiederaufnahme des Handels bekannt gemacht werden. Für die Ausfuhr aus Deutschland werden die Beschränkungen bestehen bleiben. Für die Reisen nach Deutschland werden vorläufig noch Beschränkungen gelten und eine besondere Erlaubnis nötig sein. Den bona fide-Kaufleuten würden keine Schwierigkeiten gemacht werden.

Die Ueberwachung Deutschlands.

Berlin, 11. Juli. Die militärische Ueberwachungskommission der Alliierten für die Ausführung der militärischen Bedingungen des Friedensvertrages durch Deutschland wird, wie einzelne Blätter berichten, ihre Sitz in Berlin haben und einen französischen General zum Chef erhalten. Zum Vorsitzenden der Kommission zur Ueberwachung der Ausführung der maritimen und Luftfahrtbedingungen hat der oberste Alliiertenrat in Paris einen britischen Admiral und einen Brigadegeneral bestimmt. Unterkommissionen werden in verschiedenen Zentren Deutschlands eingesetzt werden. Im ganzen sind für den Dienst 200 alliierte Offiziere vorgesehen.

Die Lebensmittelversorgung Deutschlands.

Berlin, 11. Juli. Eine einmalige besondere Zeitkulde wird in Höhe von 200 Gramm angegeben werden. Die betreffenden Vorräte lagern bereits in Deutschland. Ob die Ausgabe schon in der nächsten Woche stattfinden kann oder sich noch verzögert, hängt lediglich davon ab, daß keine Störungen in den Transportverhältnissen eintreten.

Ernährungsfragen.

Weimar, 12. Juli. Die Protration auf den Reiz der Bevölkerung soll, wie man hört, vom 1. Oktober d. J. an erhöht werden. Das kann geschehen, weil es dem Reichsernährungsminister gelungen ist, große Mengen argentinischen Getreides aufzukaufen. Es ist ferner beschlossen worden, daß jeder Erzeuger 40 v. H. seiner diesjährigen Getreiderente, mindestens aber 20 Zentner, für sich behalten kann.

Die im Volkswirtschaftsausschuß der Nationalversammlung beschlossene Erhöhung des Getreidepreises um 100 Mark die Tonne bedeutet, da in diesem Jahre eine Frühfruchtpremie nicht bezahlt wird, in den nächsten Monaten keine Verbesserung der Preisbildung für die Landwirtschaft. Im vorigen Jahre betrug der Grundpreis 300 Mark; dazu wurde aber eine Frühfruchtpremie bezahlt, die mit 120 Mark begann und alle zwei Wochen um 20 Mark herunterging. Die Bewilligung dieser 100 Mark aus dem Reichsfonds in diesem Jahre geht bekanntlich bis 1. Oktober. Man hofft bis dahin 500 000 Tonnen Getreide zu bekommen, so daß also eine Belastung des Reiches mit 50 Millionen Mark eintritt.

Die besetzten Gebiete.

Das Heiraten der amerikanischen Soldaten in Deutschland. Wie das „Echo de Paris“ aus

Rehovot berichtet, haben 140 amerikanische Soldaten der Besatzungsarmee in Deutschland bei der Militärbehörde in Washington um die Erlaubnis nachgesucht, in Deutschland heiraten zu können. Sollte diesen Bitten willfahrt werden, so werden Hunderte von gleichlautenden Bitten nachfolgen.

Amsterdam, 12. Juli. Die Times meldet aus Coblenz, daß die amerikanische Besatzungsarmee gestern ein weitverbreitetes Komplott entdeckt habe, das zum Zweck gehabt habe, Lebensmittelvorräte, die für die amerikanische Armee bestimmt gewesen seien, nach dem anbesetzten Deutschland zu schicken. Es seien mehrere Male Eisenbahnwagen, die mit Speck, Konserven, Zigaretten und Automobilreifen beladen gewesen, aber als leer bezeichnet worden seien, in die neutrale Zone durchgelassen, wo sie an einer kleinen Station angeladen worden seien. Die Waren seien nach Kassel und anderen Städten geschickt worden. Der Wert der gestohlenen Waren betrage mehrere tausend Pfund. Die amerikanische Behörde habe mehrere deutsche Eisenbahnbeamten verhaftet und Amerikaner verschiedenen Ranges Verhörern unterzogen, um herauszufinden, ob sie an dem Komplott, das von den amerikanischen Grenzposten entdeckt worden sei, beteiligt seien.

Die Rückkehr der Kriegsgefangenen.

WTB Versailles, 14. Juli. Die ersten deutschen Kriegsgefangenen in Stärke von 3000 Mann sollen am 20. Juli vom Kriegsgefangenenlager Geim abgehen.

WTB Berlin, 14. Juli. Als erste Rate zum Empfang und zur Unterbringung der Kriegsgefangenen hat das Reich eine Milliarde bewilligt.

W Rehovot, 14. Juli. „Rehovot Herald“ behauptet, die deutsche Regierung habe den Vorschlag gemacht, für je zwei Kriegsgefangene einen Zivilarbeiter aus Deutschland zu stellen. Die von Deutschland an diese Arbeiter gezahlten Löhne sollten von dem Schadenersatzbetrag, den Deutschland zu zahlen hat, in Abzug gebracht werden. Deutschland würde so seinen Angehörigen Geld zahlen, das es wiederum zum Teil als Steuer einbringe, und auf diese Weise die Frage der Wiedergutmachung erleichtert werde.

Frankreichs Sicherungen.

Bern, 12. Juli. Dyoner Blättern zufolge wurden im Kammerauschuß für den Friedensvertrag gestern die militärischen Klauseln besprochen. Viviani erklärte, daß der Vertrag zwar Lücken aufweise, Frankreich aber auch tatsächlich Garantien habe. Barthou betonte, daß nach dem Militärbkommen mit England und Amerika und durch die Tatsache, daß diese beiden Staaten jetzt große Armeen hielten, die Lage Frankreichs im Vergleich zu der von 1914 sich wieder gebessert habe. Deutschland allerdings sei nicht so geschwächt, daß die Militärdienstpflicht in Frankreich herabgesetzt werden könne. Augagneur verwies auf die Vernichtung der deutschen Seemacht, wodurch es möglich sei, Deutschland bei einem Konflikt sofort zu blockieren.

Deutschland.

D Unruhe unter den Landarbeitern. Die Deutschnationale Volkspartei hat in der Landesversammlung folgende Interpellation eingebracht: Streiks von Landarbeitern sind in den verschiedenen Provinzen Frankreichs ausgebrochen, und zwar auch dort, wo Tarifverträge zwischen Arbeitgeber und organisierten Landarbeitern abgeschlossen worden sind. Außerdem steht nach zuverlässigen Nachrichten für die Zeit der Einbringung der Ernte ein allgemeiner Landarbeiterstreik in sicherer Aussicht, wodurch die Einbringung der Ernte in Frage gestellt und die Ernährung der Bevölkerung aufs schwerste gefährdet ist. Welche Stellung gedenkt die Staatsregierung solchen Streiks gegenüber einzunehmen, und wie gedenkt sie den Ausbruch derselben zu verhindern?

Frankreich.

WTB Rotterdam, 12. Juli. „Daily Telegraaf“ berichtet: Am 21. Juli werden in ganz Frankreich, Elsass-Lothringen, Tunis und Alger keine Züge fahren. Auch die Post- und Telegraphenanstalten werden streiken. Ferner nehmen die Bauarbeiter, die Metallarbeiter, die Gasarbeiter und die Bergarbeiter am Streik teil.

WTB Bern, 12. Juli. Nach den letzten Meldungen aus Paris hat der von der französischen Regierung gefasste Beschluß, die Eisenbahnen, die am 21. Juli in den Streik eintreten wollen, vor ein Kriegsgericht zu stellen, das Gegenteil der erwarteten Wirkung erreicht. Die französischen Eisenbahnen haben nunmehr beschlossen, am 21. Juli auf allen Eisenbahnlinien Frankreichs, Algiers und Tunis sowie in Elsass-Lothringen während 24 Stunden den Betrieb einzustellen.

Amerika.

Der amerikanische Senat gegen den Völkerbund. Die englischen Blätter bringen eine Erhebungsmeldung, der zufolge sich augenblicklich 49 amerikanische Senatoren, d. h. mehr als die Hälfte der gesamten Mitglieder des Senats, der vorbehaltlosen Annahme des Völkerbundvertrages widersetzen.

Neues aus aller Welt.

Zudweiler, 8. Juli. Der 20 Jahre alte Forstlehrling Hilterscheid wurde im Walde bei Emmersweiler in der Morgenfrühe erschossen aufgefunden. Gestern Abend hatte er auf einem Dienstgang sich noch um 8.30 Uhr mit Besiegenden unterhalten, um 9 Uhr hörte man aus der Gegend drei Schüsse. Nachforschungen der Kriminalpolizei und eine von der Saarbrücker Staatsanwaltschaft heute vorgenommene Ortsbesichtigung haben noch kein Licht in die Angelegenheit gebracht. Man vermutet, daß der junge Forstlehrling von Wilderern aus dem Hinterhalt erschossen wurde.

Groß-Rosfeld, 10. Juli. Mord. Im Emmersweiler Wald wurde der Hilfsförster Paul Hilterscheid aus Karlsbrunn tot aufgefunden. Allem Anschein nach ist er von Wilderern ermordet worden. Das Gewehr des Toten lag mit gespanntem Hahn neben ihm, was darauf schließen läßt, daß er auf seinem Gang durch das Revier mit den Wilderern zusammengestoßen ist.

Luftschiffahrt.

* Der Ozeanflug des „M. 34“. Nach dem Verlassen des englischen Ministeriums für Luftschiffahrt ist „M. 34“ am Samstag, den 5. d. M., nachmittags 2 Uhr wohlbehalten in Mineola (Long Island) gelandet. Das Luftschiff hat auf seinem Flug von Schottland über den Atlantischen Ozean zu den Vereinigten Staaten von Nordamerika insgesamt 3522 Seemeilen zurückgelegt und hat dazu vier Tage und etliche Stunden, genau 108 Stunden und 12 Minuten gebraucht. In den ersten Flugtagen herrschte günstiges Wetter für die Fahrt. Einige hundert Meilen vor der amerikanischen Küste hatte das Luftschiff stark mit widrigen Winden und dichtem Nebel zu kämpfen, wodurch sich die Ankunft an Ziele um rund einen Tag verzögerte. Durch die ungünstigen Windverhältnisse wurden die Betriebsstoffvorräte, vor allem Benzin, so stark angegriffen, daß die Befahrung zeitweilig auf dratlosem Wege eine Zwischenlandung bei Montauk Point als unvermeidlich ankündigte zur Auffüllung der Benzinvorräte. Die britischen Behörden in Montauk beantworteten dratlos mit dem dringenden Rat, von dieser Zwischenlandung abzusehen und empfahlen Major Scott, dem Führer des Luftschiffes, mit Rücksicht auf die Höhe des Rettungsgeldes die Fahrt nicht zu unterbrechen. Der Luftschiffführer befolgte diesen Rat mit dem Ergebnis, daß das Luftschiff trotz des zur Reize gehenden Benzinverbrauches den Landungsort auf dem Boden der Union erreichte, und zwar noch mit einer Ersparnis von 15 Gallonen Betriebsstoff. Die Hilfe der von den amerikanischen Marinebehörden seitwärtigen Notfall entgegengegangenen zwei Torpedoböjäger brauchte „M. 34“ nicht in Anspruch zu nehmen. Als das Luftschiff in einer Höhe von 1000 Fuß über dem Landungsplatz schwebte, sprang einer der Insassen, Major Britchard, aus einer der Gondeln mittels eines Fallschirms ab und kam, von dem nach Tausenden zählenden Publikum lebhaft begrüßt, glatt in der Mitte des Landungsplatzes nieder. Zweihundert Marinemannschaften und Soldaten leisteten Hilfe bei der Landung des Luftschiffes und unterstützten die Befahrung bei der Verankerung desselben. Die ohne Unfall verlaufene Fahrt hat namentlich in England und Amerika Aufsehen erregt, um so mehr, als diese Länder über leistungsfähige lenkbare Luftschiffe und so glänzende Führer und Mannschaften, wie sie Deutschland seit langem schon in den Zeppelin-Luftschiffen und ihrer Befahrung hatte, nicht verfügten.

Haag, 8. Juli. Aus Mineola trifft die Nachricht ein, daß „M. 34“ am 7. Juli, morgens, von einem Sturmwind erfaßt wurde, wodurch ein großes Loch im Gasbehälter entstand. Der Kommandant meinte aber, daß dieser Schaden leicht wiederhergestellt sei, so daß das Luftschiff heute, Dienstag, die Rückreise wieder antreten kann. Da das Luftschiff durch den Unfall heftig schwankte, beschloß man, die Versuche aufzugeben, das Luftschiff zu einem anderen sicheren Ankerplatz zu bringen. Es wird durch die Mannschaften des sieben Kompanien fortwährend festgehalten. Die Times erzählt weiter aus Mineola, Oberst Britchard, einer der Kohrpilote des „M. 34“, habe gesagt, daß das Luftschiff schon in gewisser Hinsicht eine Kopie des Zeppelins L. 73 sei, der 1915 gebaut wurde, daß aber England innerhalb eines Jahres Luftschiffe haben werde, die zweimal größer seien und nach anderem Muster gebaut werden würden als „M. 34“.

Soziales.

* Verheiratete Beamtinnen und Lehrerinnen. Der Aushuß für Bevölkerungspolitik in der preussischen Landesversammlung hat beschlossen, dem Hause des Antrags zu unterbreiten, daß die Bestimmung, wonach Beamtinnen und Lehrerinnen bei ihrer Verheiratung aus dem Dienste auszuscheiden haben, aufgehoben werde. Ergebnisse aus der Verheiratung schwerwiegende Bedenken gegen das Verbleiben im Dienste, so entscheidet die aufstellende Behörde nach gutachtlicher Anhörung der beruflichen Vertretung oder der Schuldeputation oder des Schulvorstandes. Ein erweiterter Antrag will die Regierung ersuchen, Sorge zu tragen, daß die Beamtinnen und Lehrerinnen im Falle freiwilligen Ausscheidens eine nach ihrem Lebens- und Dienstalter bemessene, durch Gesetz festzulegende Entschädigung erhalten.

Landwirtschaftskammer für den Reg.-Bez. Wiesbaden.

Am 10. Juli vormittags wurde in Frankfurt a. M. in der Geschlechterstraße die 24. Vollversammlung der Landwirtschaftskammer für den Reg.-Bez. Wiesbaden durch den Präsidenten Bartmann-Lübke eröffnet. Wichtige Punkte der Tagesordnung sind die Preisfrage für landliche Produkte sowie die Bildung von Bauernschaften. Nachdem Geschäftsbericht mußte die seitherige Arbeit der Kammer infolge des Krieges einer durchgreifenden Umarbeitung unterzogen werden. Die Anzahl von Verordnungen habe den Berufsgegnossen erhebliche Mißstimmungen hervorgerufen, aber alle Vorstellungen der Kammer bei den Reichsstellen hätten bei den letzteren keine Aenderung in den Anordnungen bewirkt, weil die Ernährung der Bevölkerung auf dem Spiele gestanden und die Kammer immer wieder von der Regierung aufgefordert worden sei, beruhigend auf den landwirtschaftlichen Kreisen zu wirken. Die langdauernde Zwangs- und Wirtschaft habe auf die Landwirtschaft zerstörend gewirkt. Zur Förderung des landlichen Siedelungswesens wurde im Februar dieses Jahres eine besondere Kommission gebildet. Infolge der feindlichen Befragung ergab sich die Notwendigkeit, in Frankfurt a. M. Zweigstelle der Kammer zu errichten. Die Verforgung der Arbeitskräfte und Düngemitteln gestaltete sich sehr schwierig. Im Frieden seien die russisch-polnischen Landarbeiter für den Kammerbezirk eine Lebensfrage gewesen. Wie für die Zukunft die Arbeiterfrage gestalten werde, habe dahin.

Alsdann wurde über die von der Kammer schon lang angestrebte Verbesserung des Wahlverfahrens zur Kammer verhandelt. Die einsehende Revolution, die

Auftreten der Bauern- und Soldatenräte mit ihren Vertretern, die bislang ausgeschaltet gewesen waren. Arbeitnehmerschaften, die die Frage vollkommen neu gefasst. Eine gemeinsame, Arbeitgeber und Arbeitnehmer zusammenfassende wirtschaftliche Organisation der Kreis- und Gemeindebauernschaften auf der Grundlage des allgemeinen gleichen Wahlrechts als Unterbau für die Landwirtschaftskammer sei dringend anzustreben. Die Versammlung trat einer entsprechenden Entscheidung bei.

In Gießen beabsichtigt man die Errichtung einer Kartographischen Station. Die Kammer bewilligt hierzu die Summe von 6000 Mark.

Die von der Kammer vorgeschlagenen Maßnahmen zum Wiederaufbau der Landwirtschaft betreffen das Beschäftigungswesen, die Versorgung mit Arbeitskräften, Wiederaufbau von Ausschüssen für das Arbeiterwesen, Aufbau des landwirtschaftlichen Unterrichts- und Bildungswesens einschließlich der ländlichen Jugendpflege, und ländliche Rechtsberatung. Die Versammlung stimmte den Vorschlägen zu.

Aus Provinz und Nachbargebieten

Handwerkskammer Wiesbaden. Das Reichsverwertungsamt, Zweigstelle Runkheim, ist bereit und in der Lage, verschiedene Deeresgeräte, insbesondere Wagen, Feldhäfen, Feldbäder, Geschirre, Geschirrtöpfe usw. an Käufer gegen Barzahlung an Handwerker abzugeben. Die Preise sind mäßig. Handwerker, welche auf derartige Geräte reflektieren, wenden sich am besten direkt persönlich an die genannte Zweigstelle zu Runkheim.

Die Verjährung nach dem Krieg. Bekanntlich verjähren persönliche Forderungen nach 2 Jahren, gewerbliche Forderungen, außerdem Kapitalzinsen, Unterhaltsbeiträge, überhaupt alle sonstigen regelmäßig wiederkehrenden Zahlungen nach 4 Jahren. Seit Ausbruch des Krieges sind aber diese Verjährungsfristen immer von Jahr zu Jahr verlängert worden. Infolgedessen verjähren die persönlichen Forderungen, die im Jahre 1912 entstanden sind und sonst Ende 1914, also nach 2 Jahren, verjährt wären, erst Ende 1919, und die gewerblichen und anderen Forderungen, die im Jahre 1910 entstanden sind und sonst Ende 1914, also nach 4 Jahren, verjährt wären, ebenfalls Ende 1919. Natürlich verjähren auch alle persönlichen Forderungen aus dem Jahre 1913 bis 1917 und alle gewerblichen nach sonstigen Forderungen aus den Jahren 1911 bis 1915 erst Ende 1919. Man kann also kurzweg sagen, daß alle Forderungen seit 1912 bezw. 1910 mit dem Schluß des Jahres 1919 verjähren. Bisher ist aber in den letzten Jahren eine Abmilderung oder eine Anerkennung seitens des Schuldners erfolgt. Dann läuft die Verjährung, sofern eine persönliche Forderung in Betracht kommt, erst Ende 1920, sofern aber es sich um eine gewerbliche oder ähnliche wiederkehrende Zahlung handelt, erst Ende 1922 ab. Kann also ein Schuldner unter den gegenwärtigen schweren Wirtschaftsverhältnissen nicht zahlen, dann soll man sich wenigstens eine Abmilderung machen, aber ein Anerkenntnis leisten lassen. Dann ist man, wenn sie jetzt noch erfolgen, sogar bis Ende 1921 bezw. 1923 gegen Verjährung geschützt.

Frankfurt, 10. Juli. Wenn in diesem Jahre die Heidelbeeren den unglaublichen Preis von 2,50 Mk. für das Pfund erreicht haben, so trifft dafür die Schuld die Städter größtenteils selbst. Sie fahren scharenweise in die nahen Gebirge und bieten den Heidelbeerjägern, die ausschließlich nur 1-1,50 Mk. für das Pfund verlangten, bis 3,50 Mk. Lachend dieser unterhöflichen reichen Einnahmen geben die Sammler natürlich dem Bestbieter ihre Beeren. Manche Beerenjäger heimten durch diese leichtflüchtige Kammerlei der Städter einen Tagesverdienst bis zu 20 Mark ein, während sie sich früher mit höchstens 2-3 Mark begnügen mußten. Daß unter diesen Preissteigerungen der Städter die Heidelbeeren dann in der Stadt selbst nicht unter 2,50 Mk. zu haben sind, ist nicht weiter verwunderlich. — Der angebl. Leutnant Winkler aus Berlin und ein gewisser Klimm aus Stendal versuchten hier Geldschiebereien von bedeutender Höhe vorzunehmen, wurden aber dabei gefasst und flohen, konnten jedoch in Offenbach verhaftet werden. Bei ihrer Vernehmung durch die hiesige Polizei stellte es sich heraus, daß Winkler gar kein Leutnant ist und auch nicht Winkler heißt, sondern Jibor Goldschmidt. Sie wollten 40.000 Mark in Reichsbanknoten ins Ausland verschmuggeln, wobei sie auf das hohe Aufgeld spekulierten (400 Mark für 1000 Mark). — Einem auswärtigen Schieber wurden während eines nächtlichen Schifferstündchens in einem Kaffeehaus an der Kaiserstraße von seiner „Freundin“ 15.000 Mark gestohlen. — In der Markthalle stahl man heute früh einer Köpflerlerin die Geldtasche mit mehr als 1000 Mark Inhalt vom Leibe weg.

Arzuznach, 12. Juli. Der Viehbestand im Kreis Arzuznach hat sich nach der letzten Zählung erfreulicherweise wieder merklich gehoben. — Sämtliche Kreisamtsstellen im Kreis Arzuznach wurden mit dem heutigen Tage aufgehoben. Die Einrichtung funktionierte stets tadellos. Die Verhältnisse des Kreises wird jedoch nach wie vor mit Milch und Butter seitens der Landwirte versorgt, aber durch freiwillige Hilfeleistung.

Aus Bad Ems und Umgegend.

Befragung. Wie wir hören, soll Ems weiterhin französische Befragung behalten, und zwar soll diese im Emsbachtale in noch zu errichtenden Baracken untergebracht werden. Die Herstellung der Baracken soll binnen kurzer Frist durch hiesige Unternehmer erfolgen.

Aus Diez und Umgegend.

Heiligenbach, 13. Juli. Des am Sonntag, den 13. ds. Mts. zwischen der 2. Mannschaft des Sportvereins Heiligenbach und der 2. Mannschaft des Sportklubs Birlenbach 1913 in Heiligenbach ausgetragene Wettspiel endete mit 2:1 zugunsten Birlenbach.

Auß, 15. Juli. Bürgermeister Weimer hat infolge Krankheit sein Amt niedergelegt. Rentschl wird dieser Tage nachkommen.

Fortsetzung des redaktionellen Teils im amtlichen Kreisblatt.

Fischereiverpachtung.

Am Montag, den 28. Juli 1919, vorm. 11 Uhr wird auf dem Geschäftszimmer der Oberförsterei Welschendorf zu Montabaur, Coblenzstr. 4, der forstwirtschaftliche Fischereianteil an der Koppelfischerei im Gelbach mit den Gemeindes Obernhofer, Weinähr und Winden, soweit diese Gemeindungen angrenzen und zwar rechtsseitig von der Bruchhäusermühle und linksseitig von der Obernhofer Gemeindungsgrenze an bachabwärts bis zum Einfluß des Sulzbaches in den Gelbach, ca. 5,5 Klm. Länge öffentlich meistbietend auf 12 Jahre, beginnend am 1. April 1919, verpachtet. Jährlicher Forellenbrutentwurf 1200 Stück resp. 150 Stück einjährige Forellen. Die Fischerei liegt im französisch besetzten Gebiet, Bahnstation Nassau-Obernhofer a. d. L. Beauftragte Bietende müssen sich durch polizeiliche beglaubigte Vollmachten ausweisen. Der Gemeinderat der Bieder zu Winden b. Nassau a. L. zeigt auf Wunsch die Grenzen des Fischereibezirks vor. [687]

Bekanntmachung.

Wie im Vorjahre, soll auch in diesem Jahre die Ausgabe von Beerenfahrscheinern an Ortsfremde stattfinden. Dieselben werden zum Preise von 3.- Mark und nur für eine Person ohne Altersunterschied gültig ausgegeben. Ein solcher Schein lautet auf 4 Wochen vom Tage der Ausstellung ab. Diejenigen Personen, welche das Sammeln von Beeren in dem hiesigen Stadtwald in diesem Sommer beabsichtigen, müssen vor Inangriffnahme der Arbeit im Schutzbezirk Oberlahnstein 1 auf dem Rathaus Zimmer Nr. 5 und im Schutzbezirk Forsthaus bei Förster Schweiher daselbst die Scheine einlösen.

Personen, welche beim Sammeln von Beeren angetroffen werden und sich nicht durch einen eingelösten Schein ausweisen können, werden nach § 18 des Feld- und Forstpolizeigesetzes vom 1. 4. 80 bestraft.

Oberlahnstein, den 8. Juli 1919.

Für 1. Bürgermeister:
de Boys.

Das Haus „Villa Bismarck“.

Viktoria-Allee 4
ist ganz oder geteilt zu vermieten. Zentralheizung, elektr. Licht, Badeeinrichtung. Zu erfragen bei

August Roth, Drogerie, Bad Ems.

Dampfsiegelei Bad Ems.

Gegen guten Lohn werden

Arbeiter gesucht.

solche, die im Backsteinbrennen schon gearbeitet, werden bevorzugt.
M. Balzer.

Kaffee, gebrannt	Pfd. 10.—
Kaffee, roh	„ 10.—
Selbe, 72%, ca. 1 Pfd., Stück	„ 6.50
Fett	„ 7.50
Erbsen	„ 2.20
Reis	„ 2.45

G. May, Diez.

Preisverband für Handwerk und Gewerbe Unterlahn.

Sprechstunden der Beratungsstelle Ems in der Fortbildungsschule, Bleichstraße 10, am Mittwoch, den 16. Juli von 2-5 Uhr. [6.9]

Prima reiner Kautabak

frisch eingetroffen. Für Wiederverkäufer beste Bezugsquelle. Postkarte genügt. (699)

Kaufhaus Stein, Diez a. L.

Hausordnungen

auf Pappe aufgezogen liefert

Buchdruckerei & Chr. Sommer,
Ems und Diez.

Keine Lieferungen!

Technische Revisions-Vereinigung

Fernsprecher B. 1556.

„Elektrowacht“ G. m. b. H.

Cöln a. Rh.

Ehrenstrasse 46 I.

Unparteiische

Projektions-, Ueberwachungs- und Prüfungs-Anstalt

für elektrische und maschinelle Anlagen : : : : :

Anerkannte Revisionsstelle der Feuerversicherungs-Gesellschaften.

Prüfung und Ausarbeitung von Kostenanschlägen und Rentabilitätsberechnungen.

Rechnungs-Revisionen. — Prüfung u. Abnahme elektrischer Anlagen. — Blitzableiter-Kontrollen.

Gef. Anfragen nach Cöln, Ehrenstr. 46 I. Tel. B. 1556 erbeten. [6615]

Keine Provisionsgeschäfte!

Keine Vertretungen!

Keine Installationen!

Kaff

Weiß-Stückkaff, frisch gebrannt, Mt. 1200.— lose verladen. 1. Sorte Stückkaff, aus fr. gebr. Stückkaff, staubfein in 50 kg Säcken, Mt. 1350.—, einschl. Papierfäde. Düngele, frisch gebrannt, kleinformatig, Mt. 800.—, lose verladen. Sämtliche Preise frei Bahnhof Ems für 10 to freibleibend. Anfr. erbet. unt. 200 an die Geschäftsst. d. Ztg.

Danksagung.

Für die vielen Beweise herzlicher Teilnahme bei dem Heimgange unseres lieben Entschlafenen, sowie für die zahlreichen Blumen Spenden unsern herzlichsten Dank.

Die tieftrauernden Hinterbliebenen.
Frau Frh. Bernhard u. Kinder.

Bad Ems, den 12. Juli 1919.

Brennholz

laut jedes Quantum 1883

Jacob König,

Holzhandlung, Wiesbaden.



Der Vater, die Mutter,
die Kinder dazu
Alles putzt heut mit
Erdal die Schuh

Erdal

schwarz — gelb — braun

Alleinhersteller: [44]

Werner & Mertz, Mainz.

3 Zimmerwohnung

und Küche sofort gesucht. Angebote mit Preisangabe unter 199 an die Geschäftsstelle d. Ztg. [706]

1. Stock

5 Zimmer u. Küche, Ems, Kömerstr. 44, zu vermieten. Fr. Emde, Rastau.

Zweistöckiges Wohnhaus

zu verkaufen. [700]

Rath Diez, Pfaffengasse 15.

Zum Wiederverkauf an jedermann

geeignete Artikel!

Hundert v. Bezugsquellen leichtverkauft. Massen-Artikel jeder Art finden Sie in dem grossen Fachblatt: Das Versand-Haus in Pöschneck-C

Man verlange Probenmuster.

Zigaretten

ohne Mst., F. Band, gar reiner Tabak, M. 250

p. Mille, unter Nachh.

Zigarrenhaus

A. Oberle, [677]

Banburg, Colonnaden 43

Telefon Elbe 5662

Bauschule

Rastede (Oldbg.)

Meister- u. Polsterkurse,

Ausführlich. Programm frei. [717]

Hoteler Personalschein

lautend auf Maria Schreier, ver-

loren. Abgegeben [696]

Hotel Bromet, Bahnhofstr. 1,

Bad Ems.

Große Serringe

und neue Kartoffeln Pfd.

70 Pfg., grüne und gelbe

Schneidbohnen,

d. d. Bohnen u. Erbsen

Johannisbeeren, schwarz

u. rot Pfd. M. 1,10.

täglich frisch, liefert [703]

Fr. Rapp, Bad Ems.

Kirschen, Stachelbeeren,

Wirsing, Weißtraut,

Zwiebeln, sowie alle ande-

ren Gemüse

täglich frisch einliefernd. [708]

Heinrich Umsonst, Ems.

Telefon 211.

Erst abge

Pflück- u.

Einmacherbisen

gibt in jeder beliebigen Menge

laufend ab [689]

Gut

Kirschheimersborn

Frisch eingetroffen:

Prima Schweinefleisch,

Rosensbutter,

Marmelade.

Heinrich Umsonst, Ems.

Telefon 211. [705]

Zu verkaufen 1 Sofa, 1 Eis-

schrank u. verschiedene Lampen.

Gartenhaus Bella Riva,

Bad Ems. [690]

Buchhandl. es Bett mit Roh-

baummatratze, Küchenstuhl

sowie Vorhangsgalerien zu

verkauften. [702]

Viktoriaallee 1, Ems.

[693]

Gesucht

Verkäufer u. Kassierer für leicht

verkauften, gelegenen Handels-

artikel (Frischwaren) in jedem

Dauhaute erforderlich. Gehalt

33%, u. 10% Abgabe unter

1175 an Quasenstein u. Bogler,

H. G., Wiesbaden, Lammstr. 4.

Gesucht tüchtige

Provisions-

Reisende

für meinen flüssigen Metall-

putz — Stuhl — der Stuhl

aller Baumittel. [694]

Chem. Fabrik Ransbach

(Westerwald)

2 Handlanger

ist ein

Gut Kirschheimersborn.

Nach zu erf. Marktstr. 44,

Ems, zwischen 6 und 7 Uhr

nachmittags. [698]

Gewandtes, properes

Zimmermädchen,

sow. Küchenmädchen

bei guten Lohn zum baldigen Ein-

tritt gesucht. [709]

Hotel Guttenberg, Ems.

Ein Küchenmädchen

für sofort gesucht. [651]

Hotel Johannisberg,

Bad Ems.

Paß

auf dem Wege von Filiale

Wittenbach nach Villa Lyria,

Ems, verloren. Finder

wird gebeten, den Paß dem

Besitzer zurückzugeben. [696]